

# A m t s - B l a t t

## der Königl. Regierung zu Breslau.

Stück 41.

Den 8. Oktober.

1880.

### Inhalt der Gesetz-Sammlung.

**508.** Die Nr. 20 des Reichs-Gesetzblattes enthält unter:

Nr. 1394 die Verordnung, betreffend die Einberufung des Bundesraths. Vom 29. September 1880.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Central- u. Behörden.

**550.** Auf Grund des § 28 des Regulativs über Ausbildung, Prüfung und Anstellung für die unteren Stellen des Forstdienstes in Verbindung mit dem Militärdienst im Jägercorps vom 15. Februar 1879 werden bei den königlichen Regierungen zu Gumbinnen, Stettin, Stralsund, Potsdam, Oppeln, Magdeburg und bei der königlichen Hofkammer neue Notierungen forstverforgungsberechtigter Jäger der Klasse AI bis auf Weiteres berat ausgeschlossen, daß bei den genannten Behörden nur die Meldungen solcher im laufenden Jahre den Forstverforgungsschein erhaltenden Jäger angenommen werden dürfen, welche in dem Bezirk derjenigen der vorbenannten Behörden, bei welcher sie sich melden, zur Zeit des Empfanges des Forstverforgungsscheins im königlichen Forstdienst bereits länger als 2 Jahre beschäftigt sind.

Die Zahl der Anwärter ist gegenwärtig sehr gering in den Regierungen bezirkten Marienwerder, Posen, Liegnitz, Cassel, Düsseldorf.

Berlin, den 17. September 1880.

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen u. Forsten.  
J. A.: Ulrich.

**561.** Prüfungs-Ordnung für Turnlehrer.

§ 1. Zur Abhaltung von Prüfungen für Turnlehrer wird zu Berlin eine Kommission gebildet.

Dieselbe besteht:

- 1) aus dem Direktor der königl. Turnlehrer-Bildungs-Anstalt als Vorsitzendem,
- 2) dem Unterrichts-Dirigenten,
- 3) dem ordentlichen Lehrer sowie
- 4) dem Lehrer der Anatomie dieser Anstalt, und
- 5) einem anderen, von dem Minister der geistlichen u. Angelegenheiten zu ernennenden, Mitgliede.

§ 2. In der Prüfung werden zugelassen:

- a. Bewerber, welche bereits die Befähigung zur Ertheilung von Schulunterricht vorchriftsmäßig erworben haben,

b. Studierende, jedoch nicht vor vollendetem fünften Semester,

c. ausnahmsweise auch andere Bewerber, wenn sie eine gute Schulbildung nachweisen und das 20. Lebensjahr überschritten haben.

Diejenigen, welche dem preussischen Staatsverbande nicht angehören, können nur durch Vermittelung ihrer Landesbehörden bezw. deren diesseitigem Vertreter zugelassen werden.

§ 3. Die Prüfung findet in der Regel im Monat Februar und zwar in den Räumen der königl. Turnlehrer-Bildungsanstalt hier selbst statt. Der Termin wird durch den Staatsanzeiger und durch die Amtsblätter, sowie durch das „Centralblatt für die gesammte Unterrichtsverwaltung in Preußen“ bekannt gemacht.

§ 4. Die Anmeldung muß bis zum 1. Januar jedes Jahres bei dem Minister der geistlichen u. Angelegenheiten erfolgen und zwar bei den im Lehramt stehenden Bewerbern durch die vorgesetzte Dienstbehörde, bei den anderen direkt.

Der Meldung sind beizufügen:

- 1) der Geburtschein,
- 2) der Lebenslauf,
- 3) ein ärztliches Gesundheitsattest,
- 4) ein Zeugniß über die erworbene Lehrerbildung und über die seitherige Wirksamkeit als Lehrer,
- 5) ein Zeugniß über die erlangte turnerische Ausbildung.

Diejenigen Bewerber, welche kein Lehramt bekleiden, haben ausreichende Zeugnisse über ihre Schulbildung, sowie ein amtliches Führungsattest beizubringen.

§ 5. Die Prüfung ist eine theoretische — schriftliche und mündliche — und eine praktische.

§ 6. Die schriftliche Prüfung besteht in Aufertigung einer Klausurarbeit aus dem Bereiche des Schulturnens und je nach dem Ermessen der Kommission auch in Beantwortung einzelner Fragen aus dem Gesamtgebiete der Prüfungsgegenstände.

§ 7. Die mündliche Prüfung erstreckt sich:

- 1) auf die Kenntniß der wichtigsten Erscheinungen aus der Geschichte des Turnwesens, namentlich der neueren Zeit, auf die Aufgabe und Methode des Turnunterrichts, auf die Beschreibung und Entwicklung von Turnübungen, auf Bestimmung und Begrenzung des Übungsstoffes für die verschiedenen Altersstufen bezw. Schulklassen, auf die Kenntniß

der Turnlitteratur und der Turnsprache,

- 2) auf die Beschreibung der für das Schulturnen geeigneten Übungsgeräthe und die Art ihrer Verwendung, auf die Anlage und Einrichtung der Turnräume,
- 3) auf die Kenntniß des menschlichen Körpers nach seinem Bau und nach seinen Lebensäußerungen (s. Anlage a.), auf die bei dem Turnen zu beobachtenden Gesundheitsregeln, sowie auf die ersten nothwendigen Hülfleistungen bei vorkommenden Unfällen,
- 4) bei denjenigen Bewerbern, welche keine Lehrprüfung abgelegt haben, event. auf die Kenntniß der wichtigsten Erziehungs- und Unterrichtsgrundsätze.

§ 8. Die praktische Prüfung erstreckt sich:

- 1) auf die Darlegung der körperlichen Fertigkeit in den Übungen des Schulturnens,
- 2) auf die Ablegung von Probelectionen zum Nachweis des erforderlichen Lehrgehirns.

§ 9. Diejenigen Bewerber, welche zugleich Facht- oder Schwimmunterricht (s. Anlage b.) erteilen wollen, werden in diesen Fächern besonders geprüft.

§ 10. Jeder Bewerber hat vor Eintritt in die Prüfung eine Gebühr von 10 Mark zu entrichten.

§ 11. Die Bewerber, welche die Prüfung bestanden haben, erhalten ein Befähigungs-Zeugniß. Die Stempelgebühr für das Zeugniß beträgt 1 Mark 50 Pf. Berlin, den 10. September 1880.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten. von Puttkamer.

#### Anlage a.

Kenntniß des menschlichen Körpers.

Uebersicht über die Organe des menschlichen Körpers, über ihre Lage und ihre Funktionen (Thätigkeiten).

Das Knochengeriüst als Grundlage des Bewegungsapparates: die Schädelknochen nur im Allgemeinen, die Wirbelsäule nach Form und Zusammenfügung, der Brustkorb, der Schulter- und Beckengürtel, die Gliedmaßen. — Von einer ins Spezielle gehenden Beschreibung der einzelnen Knochen wird abgesehen.

Die Verbindungsweisen der Knochen, namentlich die Gelenkverbindungen.

Die Muskeln des Knochengeriüsts: Bau und Thätigkeit der Muskeln im Allgemeinen, die wichtigeren oberflächlichen Muskeln bezw. Muskelgruppen, ihre Lage und die Bewegungen, welche sie zu Stande bringen.

Die äußere Haut, ihr Bau und ihre Funktionen. Das Herz und der Blutkreislauf, die verschiedenen Arten der Blutgefäße, der Verlauf der größeren Gefäße und Kenntniß der Stellen, wo größere Pulsadern äußerlich zu fühlen sind. Das Blut als Ernährungsflüssigkeit. Die Lymphgefäße (Saugadern) und die Lymphknoten.

Die Lunge und die Athmungsmuskeln, der Athmungsvorgang, die Bedeutung des Athmens für die Blutbildung.

Das Nervensystem im Allgemeinen: Gehirn,

Rückenmark, Nervennoten (Ganglien).

Bewegungs- und Empfindungsnerven. Verlauf der größeren Nervenstränge.

Die Verdauungsorgane: die einzelnen Theile derselben nach Form, Lage und Thätigkeit.

#### Anlage b.

Die Schwimmlehrer-Prüfung erstreckt sich:

- 1) auf die praktische Prüfung, umfassend das Schulschwimmen als Daneschwimmen, die Wasserstränge (Fuß- und Kopfsprünge), einige Schwimmkünste, besonders solche, welche bei Rettungsversuchen ihre Anwendung finden, wie Tauchen und Wasserretten, — sowie eine Probelection,
- 2) auf die theoretische Prüfung: Beschreibung und Zergliederung der Schwimmbewegungen, Methode des Schwimmunterrichts, Einrichtung, Ausstattung und Leitung von Schwimmanstalten. Behandlung der im Wasser Verunglückten bis zur Ankunft des Arztes.

**555.** In Gemäßheit der Vorschrift im § 21 der Provinzialordnung vom 29. Juni 1875 (G.-S. S. 335) bringe ich hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß zum Provinziallandtags-Abgeordneten für den Kreis Dypeln, Bürgermeister, Regierungsrath a. D. Trentin zu Dypeln an Stelle des Bürgermeisters Göb, welcher sein Mandat niedergelegt hat, bis zum Ablauf der gegenwärtigen Wahlperiode gewählt worden ist.

Breslau, den 20. September 1880.

Der Ober-Präsident. gez. von Seydewitz.

#### **562.** Polizei-Verordnung.

Auf Grund des § 6 des Gesetzes über die Polizeiverwaltungen vom 11. März 1850 — G.-S. S. 265 — und § 76 der Provinzialordnung vom 29. Juni 1875 — G.-S. S. 335 — und unter Zustimmung des Provinzialraths wird hiermit für den Umfang der Regierungsbezirke Breslau und Liegnitz verordnet:

Wer ein schulpflichtiges Kind, ohne zu dessen Erziehung verpflichtet zu sein, während der Zeit des Schulunterrichts zu ländlichen, gewerblichen oder anderen Beschäftigungen verwendet, wird mit Geldstrafe von 1 bis 15 Mark, im Unvermögensfalle mit verhältnißmäßiger Haft bestraft.

Hierdurch werden diejenigen Bestimmungen nicht berührt, wonach Eltern und Erzieher, welche schulpflichtige Kinder nicht zum Schulbesuch anhalten, bestraft werden. Breslau, den 25. August 1880.

Der Ober-Präsident. gez. von Seydewitz.

#### **Verordnungen und Bekanntmachungen der königlichen Regierung.**

**554.** Betrifft die Wiederbesetzung der Kreisstierarztsstelle des Kreises Münsterberg.

Die Kreisstierarztsstelle des Kreises Münsterberg mit dem etatsmäßigen jährlichen Gehalt von 600 Mark und einem Gehaltszuschuß aus Kreismitteln von jährlich 240 Mark ist erledigt und soll anderweitig besetzt werden.

Qualifizirte, auf diese Stelle vorkonfirmirte Thierärzte fordern wir auf, sich unter Einreichung ihrer Appro-

bation und Führungsattee binner 6 Wochen bei uns zu melben. Breslau, den 25. September 1880.

Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

**558.** Auf Grund des § 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß das ohne Angabe des Druckers und Verlegers, an deren Stelle sich die Schlußbemerkung findet: „Adresse: Waltherr bei Tauscher, obere Klus 6, Hirslanden, Zürich“ erschienene Flugblatt mit der Ueberschrift: „Sozialistische Arbeiter-Partei Deutschlands; an die deutschen Sozialisten und sozialistischen Vereine im Auslande“, und der Unterschrift: „Zürich, den 14. September 1880. Mit sozialdemokratischem Gruß! Die auswärtige Verkehrsstelle: Waltherr“, nach § 11 des gedachten Gesetzes von der unterzeichneten Landespolizeibehörde verboten worden ist. Berlin, den 28. September 1880.

Königliches Polizei-Präsidium.

**565.** Auf Grund des § 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß das ohne Angabe des Verlegers erschienene, in der sozialdemokratischen Genossenschafts-Buchdruckerei der „Freiheit“ zu London gedruckte Flugblatt mit der Ueberschrift: „An die „unteren“ Poßbeamten! Leidensgenossen! nach § 11 des gedachten Gesetzes Seitens der unterzeichneten Landespolizeibehörde verboten worden ist.

Berlin, den 30. September 1880.

Königliches Polizei-Präsidium.

**569.** Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachungen vom 19. März und 4. September 1879 wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Liquidation der hiesigen Mitgliedschaft der von der Herzoglich braunschweig-lüneburgischen Polizeidirektion verbotenen Metallarbeiter-Gewerks-Genossenschaft beendet ist. Berlin, den 28. September 1880.

Königliches Polizei-Präsidium.

Vorstehende Bekanntmachungen sub Nr. 558, 565 und 569 werden hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht. Breslau, den 4. Oktober 1880.

Königl. Regierung. Abtheilung des Innern.

**567.** Mit Bezug auf unsere Amtsblatt-Bekanntmachung vom 11. Oktober 1876 — Amtsblatt 1876 S. 344 — bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß an Stelle des Königlichen Regierungsraths Lampe der Königliche Regierungsrath Haerland zum Wahl- und Veranlagungs-Kommissarius für die Gewerbesteuerklasse A I ernannt worden ist. Breslau, den 30. September 1880.

Königliche Regierung, Abtheilung für direkte Steuern, Domänen und Forsten.

### Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

**564.** Es wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß der auf Montag, den 18. Oktober d. J. in Karlsruhe D.-S. anberaumte Viehmarkt erst am

Montag, den 25. Oktober ex. abgehalten werden wird. Oppeln, den 27. September 1880.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

**570.** In Kunzendorf, Kreis Habelschwerdt, Gräblich, Kr. Schweidnitz, Pfaffendorf, Regierungsbezirk Breslau, und Nieder-Langheidersdorf werden am 15. Oktober d. J. mit den Kaiserlichen Postagenturen vereinigte Telegraphenanstalten mit beschränktem Tagesdienst eröffnet werden. Breslau, den 1. Oktober 1880. Der Kaiserliche Ober-Postdirektor. Geheime Postrath Schiffmann.

**568.** Am 1. November c. tritt in unserem Verwaltungs-Gebäude hier selbst (Leipziger Platz Nr. 17, parterre) ein „Auskunftsbureau der preussischen Staats-Eisenbahn-Verwaltung“ in Wirksamkeit, welches dem Publikum die Gelegenheit bietet, an einer Stelle über die im Gebiete der gesammten preussischen Staats-Eisenbahn-Verwaltung bestehenden Transport-Einrichtungen (Fahrpläne, Routen, Anschlüsse, Zollabfertigung) sowie über die Transportpreise im Personen-, Gepäck-, Vieh- und Güterverkehr, mündlich oder schriftlich thunlichst genau Auskunft zu erhalten. Auch über die Transportverhältnisse auf den benachbarten sowie anderen in- und ausländischen Eisenbahnen wird nach Möglichkeit, soweit das vorliegende Material hierzu ausreicht, Auskunft erteilt event. diejenige Verwaltungsstelle bezeichnet werden, welche die verlangte Auskunft am besten zu geben vermag. Nach Lage der Sache kann jedoch eine rechtliche Gewährleistung für die erteilte Auskunft, namentlich bei Anfragen, welche sich auf fremde Einrichtungen oder auf Angelegenheiten beziehen, welche häufigerem Wechsel unterliegen, nicht übernommen werden.

Außerdem ist dem Auskunftsbureau der Verkauf von Tarifen, an welchen die diesseitige Verwaltung theilhaft ist, (außer den diesseitigen Güter-Expeditionen und Güter-Kassen) vom 1. November c. ab übertragen worden. Berlin, den 27. September 1880.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

**571.** Am 15. November c. scheidet im Niederschlesischen Steinkohlenverkehre zwischen Gottesberg und Dittersbach einerseits und den Stationen der Oberschlesischen Bahn südlich von Strehlen, Grottkau und Leschnitz andererseits und ferner im Posen-Schlesisch-Märkischen Verbinde zwischen den Stationen der Schlesischen Gebirgsbahn Rabishau bis incl. Dittersbach sowie Altwasser und Waldenburg und den oben genannten Stationen der Oberschlesischen Eisenbahn die Route Altwasser bezw. Gottesberg-Jellhammer-Königszell-Frankenstein aus und tritt an deren Stelle die Route via Neurode-Glag.

Berlin, den 2. Oktober 1880.

Königliche Eisenbahn-Direktion,

zugleich Namens der übrigen beteiligten Verwaltungen.

**572.** Ausschreibung der Provinzial-Abgabe pro 1880.

Durch den vom XXVII. Provinzial-Landtage für das Jahr 1880 festgestellten Haupt-Verwaltungs-Stat

(Amtsblätter der königlichen Regierungen zu Breslau Nr. 5, Liegnitz Nr. 5, Oppeln Nr. 6) ist der vom Provinzial-Verbände aufzubringende Zuschuß auf 382 500 Mark festgestellt und derselbe durch den Provinzial-Ausschuß in Gemäßheit des § 111 der Provinzial-Ordnung nach Maßgabe der Vorschriften der §§ 106 und 107 l. c. unter Zugrundelegung des danach auf 18 863 301,82 Mark ermittelten Steuer-Aufkommens der Provinz, wie folgt, auf die Kreise vertheilt worden.

A. Regierungsbezirk Breslau.		
Kreis Breslau, Stadtkreis . . . . .	66 151,94	<i>M</i>
"  "  "  Landkreis . . . . .	8 427,23	"
"  Brieg . . . . .	6 573,24	"
"  Frankenstein . . . . .	5 051,66	"
"  Glab . . . . .	4 668,35	"
"  Guhrau . . . . .	3 327,51	"
"  Habelschwerdt . . . . .	3 882,08	"
"  Militzsch . . . . .	3 847,21	"
"  Minsterberg . . . . .	3 833,68	"
"  Namslau . . . . .	3 005,16	"
"  Neumarkt . . . . .	6 520,46	"
"  Neurode . . . . .	2 783,03	"
"  Nimptsch . . . . .	3 888,34	"
"  Nels . . . . .	6 161,83	"
"  Ostlau . . . . .	5 251,04	"
"  Reichenbach . . . . .	6 131,30	"
"  Schweidnitz . . . . .	9 811,14	"
"  Steinau . . . . .	2 263,59	"
"  Strehlen . . . . .	3 474,59	"
"  Striegau . . . . .	5 428,41	"
"  Trebütz . . . . .	5 081,67	"
"  Waldenburg . . . . .	9 307,87	"
"  Wartenberg . . . . .	2 900,29	"
"  Wohlau . . . . .	4 849,28	"
<b>Summa A. . . . .</b>	<b>182 120,89</b>	<b><i>M</i></b>

B. Regierungsbezirk Liegnitz.		
Kreis Boltenhain . . . . .	2 689,80	<i>M</i>
"  Bunzlau . . . . .	4 852,05	"
"  Freistadt . . . . .	4 430,33	"
"  Glogau . . . . .	8 344,55	"
"  Görlitz, Stadtkreis . . . . .	8 520,56	"
"  "  "  Landkreis . . . . .	4 902,03	"
"  Goldberg-Hainau . . . . .	4 864,11	"
"  Grünberg . . . . .	4 443,63	"
"  Hirschberg . . . . .	5 951,58	"
"  Hoyerswerda . . . . .	2 361,09	"
"  Jauer . . . . .	4 958,16	"
"  Landeshut . . . . .	3 374,87	"
"  Lauban . . . . .	5 279,25	"
"  Liegnitz, Stadtkreis . . . . .	5 406,48	"

Latus 70 378,49 *M*

	Transport	70 378,49 <i>M</i>
Kreis Liegnitz, Landkreis . . . . .	6 091,93	"
"  Löwenberg . . . . .	5 699,39	"
"  Lüben . . . . .	2 706,02	"
"  Wrothenburg . . . . .	3 428,51	"
"  Sagan . . . . .	4 401,57	"
"  Schönau . . . . .	2 146,26	"
"  Sprottau . . . . .	3 172,17	"
<b>Summa B. . . . .</b>	<b>98 024,34</b>	<b><i>M</i></b>

C. Regierungsbezirk Oppeln:		
Kreis Beuthen . . . . .	12 765,00	<i>M</i>
"  Cöfel . . . . .	4 422,41	"
"  Cruzburg . . . . .	3 151,87	"
"  Falkenberg . . . . .	2 831,91	"
"  Gleiwitz . . . . .	5 790,35	"
"  Grottkau . . . . .	4 386,28	"
"  Kattowitz . . . . .	9 182,93	"
"  Leobschütz . . . . .	8 537,66	"
"  Lublinitz . . . . .	2 074,09	"
"  Reiße . . . . .	8 486,95	"
"  Neustadt . . . . .	7 007,07	"
"  Oppeln . . . . .	6 776,93	"
"  Plesz . . . . .	4 114,64	"
"  Ratibor . . . . .	8 879,45	"
"  Roßenberg . . . . .	2 075,96	"
"  Rybnitz . . . . .	3 291,48	"
"  Groß-Strehlitz . . . . .	3 295,16	"
"  Tarnowitz . . . . .	2 273,04	"
"  Zabrze . . . . .	3 011,59	"

<b>Summa C. . . . .</b>	<b>102 354,77</b>	<b><i>M</i></b>
Hierzu	B. . 98 024,34	"
	A. . 182 120,89	"

**Summa . . . . . 382 500,00 *M***

Indem dies nach Vorschrift des § 111 der Provinzial-Ordnung bekannt gemacht und zugleich bemerkt wird, daß in dieser Summe Beiträge für Verkehrsanlagen nicht enthalten sind, werden die vorgenannten Kreis- bezw. Kommunal-Verbände ersucht, die auf sie vertheilten Beträge bis zum 1. Dezember d. J. an die Landeshaupt-Hauptkasse von Schlesien hieselbst abzuführen zu lassen.

Reklamationen gegen die Vertheilung unterliegen den Bestimmungen der §§ 112 und 113 der Provinzial-Ordnung.

Breslau, den 27. September 1880.

Der Landeshauptmann von Schlesien.

J. V.: Marcinowski.

### Benutzte Nachrichten.

Schwurgerichtssitzung: Die dritte Sitzungsperiode pro 1880 des Schwurgerichts zu Schweidnitz beginnt den 18. Oktober 1880. Eintritt in den Sitzungs-saal ist nur gegen Einlaßkarten gestattet.

Hierzu eine Extrabeilage, enthaltend die Telegraphen-Ordnung für das Deutsche Reich vom 13. August 1880.

# Außerordentliche Beilage zum Amtsblatt.

## Telegraphenordnung für das Deutsche Reich

vom 13. August 1880.

### Inhalts-Verzeichniß.

St. Nr.	Inhalt.	Seite.
1.	Benutzung des Telegraphen . . . . .	1
2.	Bewahrung des Telegraphengeheimnisses . . . . .	1
3.	Dienststunden der Telegraphenanstalten . . . . .	1
4.	Orte, nach welchen Telegramme gerichtet werden können . . . . .	2
5.	Eintheilung der Telegramme . . . . .	2
6.	Allgemeine Erfordernisse der zu befördernden Telegramme . . . . .	2
7.	Aufgabe von Telegrammen . . . . .	3
8.	Wortzählung . . . . .	3
9.	Gebühren für gewöhnliche Telegramme . . . . .	4
10.	Dringende Telegramme . . . . .	4
11.	Begabte Antwort . . . . .	4
12.	Verglichene Telegramme . . . . .	4
13.	Empfangsanzeigen . . . . .	4
14.	Telegraphische Postanweisungen . . . . .	5
15.	Nachsendung von Telegrammen . . . . .	5
16.	Werviefältigung von Telegrammen . . . . .	5
17.	Weiterbeförderung . . . . .	5
18.	Entrichtung der Gebühren . . . . .	6
19.	Seetelegramme . . . . .	6
20.	Zurückziehung und Unterdrückung von Telegrammen . . . . .	6
21.	Behandlung der Telegramme bei der Bestimmungsanstalt . . . . .	6
22.	Bestellung der Telegramme bei der Bestimmungsanstalt . . . . .	7
23.	Unbestellbare Telegramme . . . . .	7
24.	Gewährleistung . . . . .	7
25.	Berichtigungstelegramme . . . . .	8
26.	Nachzahlung und Erstattung von Gebühren . . . . .	8
27.	Telegrammabschriften . . . . .	8
28.	Telegraphen-Nebenstationen und Nebenanlagen. Fernsprechanlagen . . . . .	8
29.	Geltungsbereich . . . . .	8
30.	Zeitpunkt der Einführung . . . . .	8

Auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung wird nachstehende Telegraphenordnung erlassen.

Benutzung des Telegraphen.

§. 1. I. Die Benutzung der für den öffentlichen Verkehr bestimmten Telegraphen steht Jedermann zu. Die Verwaltung hat jedoch das Recht, ihre Linien und Telegraphenanstalten zeitweise ganz oder zum Theil für alle oder für gewisse Gattungen von Korrespondenz zu schließen.

II. Der Absender eines Privattelegramms ist verpflichtet, auf desfallsiges Verlangen sich über seine Persönlichkeit auszuweisen. Es steht demselben seinerseits frei, in sein Telegramm die Beglaubigung seiner Unterfertigung anzunehmen.

III. Privattelegramme, deren Inhalt gegen die Gesetze verstößt oder aus Rücksichten des öffentlichen Wohles oder der Sittlichkeit für unzulässig erachtet wird, werden zurückgewiesen. Die Entscheidung über die Zulässigkeit des Inhalts steht dem Vorsteher der Aufgabeanstalt bz. der Zwischen- oder Anfunksanstalt oder dessen Vertreter, in zweiter Instanz der dieser Anstalt vorgesetzten Ober-Postdirektion und in letzter Instanz dem Reichs-Postamt zu, gegen dessen Entscheidung eine Berufung nicht stattfindet. Bei Staats-telegrammen steht den Telegraphenanstalten eine Prüfung der Zulässigkeit des Inhalts nicht zu.

Bewahrung des Telegraphengeheimnisses.

§. 2. Die Telegraphenverwaltung wird Sorge tragen, daß die Mittheilung von Telegrammen an Unbefugte verhindert, und daß das Telegraphengeheimniß auf das Strengste gewahrt werde.

Dienststunden der Telegraphenanstalten.

§. 3. Die Telegraphenanstalten zerfallen rücksichtlich der Zeit, während welcher sie für den Verkehr mit dem Publikum offen zu halten sind, in vier Klassen, nämlich:

- Anstalten mit ununterbrochenem Dienst (Tag und Nacht),
- Anstalten mit verlängertem Tagesdienst (bis Mitternacht),
- Anstalten mit vollem Tagesdienst (bis 9 Uhr Abends),
- Anstalten mit beschränktem Tagesdienst.

Die Dienststunden der Anstalten unter b und c beginnen in der Zeit vom 1. April bis Ende September um 7 Uhr Morgens, in der Zeit vom 1. Oktober bis Ende März um 8 Uhr Morgens. Die Dienststunden der Anstalten unter d werden, den ört-

tischen Bedürfnissen entsprechend, für jeden Ort besonders festgestellt.

Orte, nach welchen Telegramme gerichtet werden können.

§. 4. I. Telegramme können nach allen Orten aufgegeben werden, nach welchen die vorhandenen Telegraphenverbindungen auf dem ganzen Wege oder auf einem Theile desselben die Gelegenheit zur Beförderung darbieten. Ist am Bestimmungsorte eine Telegraphenanstalt nicht vorhanden, so erfolgt die Weiterbeförderung von der äussersten bis, bei jeitens des Aufgebors bezeichneten Telegraphenanstalt entweder durch die Post, oder durch Eilboten, oder durch Post und Eilboten, oder durch Eilfahre. Der Aufgeber eines Telegramms kann verlangen, daß dasselbe bis zu einer von ihm bezeichneten Telegraphenanstalt telegraphisch und von dort bis zum Bestimmungsorte durch die Post befördert werde. Ist keine Bestimmung über die Art der Weiterbeförderung getroffen, dann wählt die Ankunfts-Telegraphenanstalt die zweckmäßigste Art derselben nach ihrem besten Ermessen. Das Gleiche findet statt, wenn die vom Aufgeber angegebene Art der Weiterbeförderung sich als unausführbar erweist.

II. Die Aufgabe der Telegramme mit der Bezeichnung „amtslagernd“, „postlagernd“ oder „bahnhöflagernd“ ist zulässig.

Eintheilung der Telegramme.

§. 5. I. Die Telegramme zerfallen rücksichtlich ihrer Behandlung in folgende Gattungen:

1. Staatstelegramme,
2. Telegraphen-Diensttelegramme,
3. a. dringende  
b. gewöhnliche } Privattelegramme.

Bei der Beförderung genießen die Staatstelegramme, welche als solche bezeichnet und durch Siegel oder Stempel beglaubigt sein müssen, vor den übrigen Telegrammen, die Telegraphen-Diensttelegramme vor den Privattelegrammen und die dringenden Privattelegramme vor den gewöhnlichen Privattelegrammen den Vorrang.

II. In Bezug auf die Abfassung der Telegramme sind zu unterscheiden:

1. Telegramme in offener Sprache,
2. Telegramme in verabredeter Sprache,
3. Telegramme in chiffirter Sprache.

III. Die Telegramme in offener Sprache müssen in deutscher Sprache oder in einer derjenigen Sprachen, welche durch die Telegraphenverwaltung als sonst noch zugelassen bekannt gemacht werden, der Art abgefaßt sein, daß der Inhalt einen verständlichen Sinn hat. Für Telegramme, welche streckenweise, oder ausschließlich, durch Telegraphen der innerhalb des Deutschen Reiches gelegenen Eisenbahnen zu befördern sind, ist jedoch die Fassung in deutscher Sprache Bedingung, soweit nicht für einzelne Bahnen und Stationen der Gebrauch fremder Sprachen ausdrücklich nachgegeben wird.

IV. Telegramme in verabredeter Sprache werden aus Wörtern zusammengesetzt, welche, obwohl jedes für sich eine sprachliche Bedeutung hat, keine für

die betreffenden Dienststellen verständlichen Sätze bilden. Die Wörter werden aus Wörterbüchern entnommen, welche für die Korrespondenz in verabredeter Sprache zugelassen worden sind. Jedes Telegramm darf nur aus Wörtern bestehen, welche einer um derselben Sprache (vergl. unter III.) angehören. Eigennamen dürfen bei der Aufstellung der Wörterbücher nicht verwendet werden. Dieselben werden bei der Abfassung der Telegramme in verabredeter Sprache nur mit ihrer Bedeutung in offener Sprache zugelassen. Die Aufgabeanstalt kann die Vorlegung des Wörterbuchs fordern, um die Ausführung der vorstehenden Vorschriften einer Prüfung zu unterziehen.

V. Als Telegramme in chiffirter Sprache werden angesehen:

- a) diejenigen Telegramme, deren Text aus Ziffern oder geheimen Buchstaben besteht,
- b) diejenigen Telegramme, welche entweder Reihen oder Gruppen von Ziffern oder Buchstaben, deren Bedeutung der Aufgabeanstalt nicht bekannt ist, oder Wörter, Namen oder Zusammenfügungen von Buchstaben enthalten, welche die für die offene oder verabredete Sprache geforderten Bedingungen nicht erfüllen.

VI. Der Text der chiffirten Telegramme kann entweder ganz chiffirt, oder zum Theil chiffirt und zum Theil offen sein. Der chiffirte Text muß entweder ausschließlich aus Buchstaben des Alphabets oder ausschließlich aus arabischen Ziffern bestehen und von dem vorhergehenden bz. nachfolgenden Text in offener Sprache durch Klammern getrennt sein.

Allgemeine Erfordernisse der zu befördernden Telegramme.

§. 6. I. Die Umschrift jedes zu befördernden Telegramms muß in solchen deutschen oder lateinischen Buchstaben bz. in solchen Zeichen, welche sich durch den Telegraphen wiedergeben lassen, deutlich und verständlich geschrieben sein. Einschaltungen, Randzuätze, Streichungen oder Ueberschreibungen müssen vom Aufgeber des Telegramms oder von seinem Beauftragten bescheinigt werden. Die Umschrift muß dem Texte voranstehen. Die Unterschrift kann in abgekürzter Form geschrieben oder ganz weggelassen werden. Wenn sie mit befördert werden soll, muß sie unter den Text gesetzt werden.

II. Die Umschrift muß alle Angaben enthalten, welche nöthig sind, um die Uebersmittlung des Telegramms an dessen Bestimmung zu sichern, auch der Art sein, daß die Bestellung an den Empfänger ohne Nachforschungen oder Rückfragen erfolgen kann. Sie muß für die großen Städte die Angabe der Straße und der Hausnummer, oder in Ermangelung dessen die Angabe der Berufsart des Empfängers oder andere ähnliche Bezeichnungen enthalten. Selbst für kleinere Orte ist es wünschenswerth, daß dem Namen des Empfängers eine solche ergänzende Bezeichnung beigelegt wird, um im Falle einer Verstimmlung des Eigennamens der Bestimmungsanstalt für die Ermittlung des Empfängers einen Anhalt zu gewähren.

III. Bei Telegrammen nach kleinen Orten, be-

sonders wenn deren mehrere gleichen Namens vorhanden sind, ist die genaue Bezeichnung der geographischen Lage erforderlich.

IV. Die Anwendung einer abgekürzten Aufschrift ist zulässig, wenn dieselbe vorher seitens des Empfängers mit der Telegraphenanstalt seines Wohnortes vereinbart worden ist. Denjenigen Korrespondenten, welcher eine mit der Telegraphenanstalt vereinbarte abgekürzte Aufschrift hinterlegt hat, ist gestattet, diese Aufschrift in den für ihn bestimmten Telegrammen an Stelle des vollen Namens und bz. der Wohnungsangabe anzuwenden zu lassen. Der Name der Bestimmungs-Telegraphenanstalt muß außerdem angegeben werden.

V. Für die Hinterlegung bz. Anwendung einer abgekürzten Aufschrift bei einer Telegraphenanstalt ist eine Gebühr von 30 Mark für das Kalenderjahr im Voraus zu entrichten. Diese Vergünstigung erlischt, falls die Verabredung nicht verlängert wird, mit dem Ablauf des 31. Dezember des Jahres, für welches die Gebühr entrichtet worden ist.

VI. Die etwaigen Angaben bezüglich der Zustellung an den Empfänger, der bezahlten Antworten, der Empfangsanzeigen, der Vergleichen, der Dringlichkeit, der Nachsendung, der Weiterbeförderung, der etwa gewünschten eigenhändigen (nur an den Empfänger selbst zu bewirkenden) oder offenen (unverschlossenen) Bestellung des Telegramms, ferner des bezahlten Eilboten etc. müssen zwischen Klammern unmittelbar vor der Aufschrift, die etwaige Beglaubigung (vergl. §. 1. II.) muß hinter der Unterschrift stehen. Bei diesen Angaben können folgende Abkürzungen gebraucht werden:

- (D.) für „dringendes Telegramm“,
- (R. P.) für „Antwort bezahlt“,
- (T. C.) für „verglichenes Telegramm“,
- (C. R.) für „Empfangsanzeige“,
- (F. S.) für „nachzusenden“,
- (P. P.) für „Post bezahlt“,
- (X. P.) für „Eilboten bezahlt“,
- (R. O.) für „offen zu bestellendes Telegramm“.

VII. Telegramme, deren Aufschrift den in vorstehenden Punkten vorgesehenen Anforderungen nicht entspricht, sollen zwar dennoch zur Beförderung angenommen werden; die Folgen ungenauer bz. unvollständiger Angaben sind jedoch vom Absender zu tragen. Derselbe kann eine nachträgliche Vervollständigung des Befehlenden nur gegen Aufgabe und Bezahlung eines neuen Telegramms beanspruchen.

Aufgabe von Telegrammen.

§. 7. I. Die Aufgabe von Telegrammen kann bei jeder für den Telegraphenverkehr eröffneten Telegraphenanstalt (allenfalls brieflich) erfolgen.

II. Telegramme können auch bei den Bahnposten auf Eisenbahnen, und zwar in der Regel mittels der an den Bahnpostwagen befindlichen Briefeinwürfe, zur Beförderung an die nächste Telegraphenanstalt eingeliefert, sowie den Telegraphenboten und den Landbriefträgern bei der Bestellung von Telegrammen oder Postsendungen zur Besorgung der Aufgabe übergeben werden.

III. An größeren Verkehrsorten können sämtliche Postanstalten, auch wenn mit diesen eine Telegraphenbetriebsstelle nicht verbunden ist, zur Annahme von Telegrammen ermächtigt, auch kann die Benutzung der Briefkasten zur Auslieferung von Telegrammen gestattet werden.

IV. Bei der Mitnahme der Telegramme durch die Telegraphenboten und die Landbriefträger kommt eine Zuschlagsgebühr von 10 Pfennig für jedes Telegramm zur Erhebung.

Wortzählung.

§. 8. Bei Ermittlung der Wortzahl eines Telegramms gelten die folgenden Regeln:

- a) Alles, was der Aufgeber in die Aufschrift seines Telegramms zum Zwecke der Beförderung niederschreibt, mit Ausnahme der unter i aufgeführten Unterscheidungszeichen, wird bei Berechnung der Gebühren gezählt.
- b) Der Name der Abgangsanstalt, der Tag des Monats, die Stunde und Minute der Aufgabe werden von Amtswegen in die dem Empfänger zuzustellende Ausfertigung eingeschrieben. Nimmt der Aufgeber diese Angaben ganz oder theilweise in den Text seines Telegramms auf, dann werden sie bei der Wortzählung mitgerechnet.
- c) Die größte Länge eines Wortes ist auf 15 Schriftzeichen nach dem (durch die Ausführungsvereinbarung zu dem jeweilig gültigen internationalen Telegraphenvertrage eingeführten) Morsealphabet festgesetzt. Bei Worten mit mehr als 15 Buchstaben wird der Ueberschuß, immer bis zu 15 Buchstaben, für ein weiteres Wort gezählt.
- d) Die durch einen Bindestrich verbundenen Ausdrücke zählen für so viele Wörter, als zu ihrer Bildung dienen.
- e) Die durch einen Apostroph getrennten Wörter werden für eben so viel einzelne Wörter gezählt.
- f) Dem Sprachgebrauch zuwiderlaufende Zusammenziehungen oder Veränderungen von Wörtern sind nicht zulässig.

Es werden jedoch die Eigennamen von Städten und Personen, die Namen von Ortschaften, Straßen, Plätzen, Boulevards u. s. w., die Titel, Vornamen, Kettenheilen und Eigenschaftsbezeichnungen, ebenso wie die ganz in Buchstaben geschriebenen Zahlen nach der Anzahl der zum Ausdruck derselben vom Aufgeber gebrauchten Worte gezählt.

- g) Die in Ziffern geschriebenen Zahlen werden für so viel Wörter gezählt, als sie je fünf Ziffern enthalten, nebst einem Worte mehr für den etwaigen Ueberschuß. Derselbe Regel findet Anwendung auf die Zählung der Buchstaben in Buchstabengruppen.
- h) Einzelne stehende Schriftzeichen, Buchstaben oder Ziffern werden für je ein Wort gezählt; dasselbe gilt für das Unterstreichungszeichen.
- i) Die Interpunktionszeichen, Bindestrich, Apo-

strophe, Anführungszeichen, Klammern und Zeichen für den Absatz werden nicht gezählt. Jedoch werden die zur Bildung der Zahlen benutzten Punkte und Kommata, sowie die Bruchstriche für je eine Ziffer gezählt.

k) Die Buchstaben, welche den Ziffern angehängt werden, um letztere als Ordnungszahlen zu bezeichnen, werden je für eine Ziffer gerechnet.

l) In den Telegrammen, welche verabredete oder diffirierte Sprache enthalten, werden die offenen Worte, sowie die Worte in zulässiger verabredeter Sprache den vorstehenden Bedingungen unter o bis f entsprechend gezählt. Die Ziffern- oder Buchstabengruppen, sowie die Wörter, Namen oder Zusammensetzungen von Buchstaben, welche in offener oder verabredeter Sprache nicht zugelassen sind, werden den vorstehend unter g bis k enthaltenen Bestimmungen gemäß gezählt.

m) Die im telegraphischen Verkehr zugelassenen, der Aufschrift voranzustellenden kurzen Zeichen (vergl. S. 6 VI.) werden für je ein Wort gezählt.

Gebühren für gewöhnliche Telegramme.

§. 9. I. Für das gewöhnliche Telegramm auf alle Entfernungen wird erhoben:

eine Grundtaxe von 20 Pfennig (ohne Rücksicht auf die Wortzahl) und eine Worttaxe von 5 Pfennig für jedes Wort.

II. Für gewöhnliche Stadttelegramme, welche in solchen Städten zugelassen werden, innerhals deren Reichthid mehrere unter sich durch Telegraphenleitungen verbundene Telegraphenanstalten dem Verkehr geöffnet sind, wird erhoben:

die oben angegebene Grundtaxe von 20 Pfennig und eine Worttaxe von 2 Pfennig für jedes Wort.

III. Für jedes bei einer Eisenbahn-Telegraphen-Station ausgegebene Telegramm kann von den Eisenbahnverwaltungen ein Zuschlag von 20 Pfennig vom Aufgeber erhoben werden. Außerdem sind die Eisenbahn-Telegraphenstationen berechtigt, für jedes von ihnen bestellte Telegramm vom Empfänger ein Bestellgeld von 20 Pfennig zu erheben. Beides zusammen darf aber für die ausschließlich mit dem Bahntelegraphen beförderten Telegramme nicht erhoben werden. Für diese Telegramme ist vielmehr nur die Erhebung der Bestellgebühr von 20 Pfennig gestattet.

IV. Die für den telegraphischen Verkehr mit dem Auslande maßgebenden Tarife können bei den Telegraphenanstalten eingesehen werden.

V. Ein bei Berechnung der Gebühren sich ergebender, durch 5 nicht theilbarer Pfennigbetrag ist bis zu einem solchen aufwärts abzurunden.

Dringende Telegramme.

§. 10. Der Aufgeber eines Privattelegramms kann den Vorrang bei der Beförderung vor den übrigen gewöhnlichen Privattelegrammen erlangen, wenn er das Wort „dringend“ oder abgekürzt die Bezeichnung „(D.)“ vor die Aufschrift setzt und die dreifache Gebühr eines gewöhnlichen Telegramms von gleicher Länge erlegt. Für dringende Telegramme beträgt

demnach die Grundtaxe 60 Pfennig, die Worttaxe 15 Pfennig, b. je Stadttelegramm 6 Pfennig für das Wort (vergl. §§. 5 I. und 9). Der in §. 9 unter III. angegebene Zuschlag für die bei einer Eisenbahnstation ausgegebenen Telegramme kommt dagegen nur einfach — wie für gewöhnliche Telegramme — zur Erhebung.

Bezahlte Antwort.

§. 11. I. Der Aufgeber kann die Antwort, welche er von dem Empfänger verlangt, vorausbezahlen.

II. Für das vorauszubehaltende Antworttelegramm wird die Gebühr eines gewöhnlichen Telegramms von 10 Worten berechnet. Soll eine andere Wortzahl für die Antwort vorausbezahlt werden, so ist diese in Text des Ursprungstelegramms anzugeben.

III. Am Bestimmungsorte überfenbet die Anfunftsanstalt dem Empfänger mit der Telegrammausfertigung ein Antwortformular, welches demselben die Befugniß erteilt, in den Grenzen der vorausbezahlten Gebühr ein Telegramm an eine beliebige Bestimmung innerhals 6 Wochen unentgeltlich aufzugeben.

IV. Der für die Antwort gezahlte Betrag wird, wenn der Empfänger von dem Antwortformular keinen Gebrauch gemacht hat, auf Verlangen an den Aufgeber zurückgezahlt. Zu diesem Zweck muß der Empfänger vor Ablauf der unter III. festgesetzten Frist den bezüglichen Antrag unter Beifügung des Antwortformulars bei der Anstalt anbringen, welche ihm dasselbe ausgehändigt hatte. Es wird jedoch wie in Gebührenersetzungsangelegenheiten (vergl. S. 26) verfahren.

V. Kann das Ursprungstelegramm bei der Anfunfts nicht bestellt werden, dann wird die im §. 23 vorgegebene telegraphische Meldung über die Unbestellbarkeit an die Aufgebearanstalt sogleich erteilt. Wenn keine Berichtigung erfolgt, benachrichtigt die Anfunftsanstalt den Aufgeber unmittelbar von der Unbestellbarkeit durch eine dienstliche Meldung, welche die Stelle der Antwort vertritt, sobald die zur Auffindung des Empfängers unternommenen Nachforschungen sich als fruchtlos erwiesen haben, spätestens nach 8 Tagen. Verweigert der Empfänger ausdrücklich die Annahme des für die Antwort bestimmten Formulars, so giebt die Anfunftsanstalt dem Aufgeber ebenfalls Kenntniß durch eine dienstliche Meldung, welche gleichfalls die Stelle der Antwort vertritt.

Vergleichene Telegramme.

§. 12. I. Der Aufgeber eines jeden Telegramms hat die Befugniß, die Vergleichung desselben zu verlangen. In diesem Falle ist das Telegramm von den verschiedenen Anstalten, welche bei seiner Beförderung mitwirken, vollständig zu vergleichen.

II. Die Gebühr für die Vergleichung eines Telegramms ist gleich der Hälfte der Gebühr für ein gewöhnliches Telegramm von gleicher Länge.

Empfangsangelegen.

§. 13. I. Der Aufgeber eines jeden Telegramms kann verlangen, daß ihm die Zeit, zu welcher das Telegramm dem Empfänger zugestellt worden ist, unmittelbar nach erfolgter Bestellung telegraphisch angezeigt werde.



II. Für die Empfangsanzeige ist dieselbe Gebühr, wie für ein gewöhnliches Telegramm von 10 Worten zu entrichten.

III. Kann das Telegramm bei der Ankunft nicht bestellt werden, dann wird die im §. 23 vorgesehene Unbefehlsbereitsmeldung sogleich erlassen. Die telegraphische Meldung über die Empfangsanzeige wird später abgesandt, entweder nach erfolgter Bestellung des Telegramms, wenn sie möglich geworden ist, oder nach 24 Stunden, wenn sie nicht hat stattfinden können.

IV. Der Aufgeber kann verlangen, daß ihm die Empfangsanzeige nach einem anderen Orte, als nach dem Aufgaborte des Ursprungs-Telegramms übermittelt werde, insofern er die dazu erforderlichen Angaben in das Ursprungs-Telegramm aufnimmt.

#### Telegraphische Postanweisungen.

§. 14. I. Die Telegraphenanstalten an solchen Orten, an denen eine Postanstalt besteht, sind ermächtigt, in Vertretung der Orts-Postanstalt Beträge auf Postanweisungen, welche auf telegraphischem Wege überwiesen werden sollen, von den Abnehmern entgegenzunehmen. Auf Eisenbahn-Telegraphenstationen findet diese Bestimmung keine Anwendung.

II. Auch sind die Telegraphenanstalten, mit Ausnahme der Eisenbahn-Telegraphenstationen ermächtigt, wenn bei ihnen Postanweisungen auf telegraphischem Wege eingegeben, die Auszahlung an den Empfänger in Vertretung der Orts-Postanstalt vor geschickener Bestellung der telegraphischen Postanweisung an die Orts-Postanstalt zu bewirken:

- a) im Falle nach Anhalt des Telegramms der Absender den Wunsch ausgesprochen hat, daß die Auszahlung durch die Telegraphenanstalt geschehe, was durch den Zusatz auf der Postanweisung: „amtslagernd“ ausgedrückt ist,
- b) im Falle der Geldempfänger, indem er die telegraphische Postanweisung erwartet, der Telegraphenanstalt den Wunsch ausgedrückt hat, die Zahlung gleich nach der Ankunft der Anweisung bei der Telegraphenanstalt in Empfang zu nehmen.

In beiden Fällen muß der Auszahlung des Betrages der vollständige Ausweis des Empfängers, falls derselbe nicht persönlich und als verfügungsfähig bekannt ist, vorhergehen. Die telegraphische Postanweisung ist also dann von der Telegraphenanstalt mit dem (vorzuschreibenden) Quittungsvermerk zu versehen, dieser vom Empfänger zu unterschreiben und die Unterschrift durch die Telegraphenanstalt mit dem Zusätze zu belegen, daß der Empfänger bekannt sei, bz. daß und in welcher Weise er den Ausweis geführt habe.

#### Nachsendung von Telegrammen.

§. 15. I. Der Aufgeber eines Telegramms kann der Aufschrift den Zusatz „nachzusenden“ oder (F. S.) beifügen (vergl. §. 6 VI.), in welchem Falle die Bestimmungsanstalt dasselbe sofort nach der vergeblich verjuchten Zustellung, gemäß der angegebenen Aufschrift, weiter an den neuen, ihr in der Wohnung des Empfängers mitgetheilten Bestimmungsort befördert.

II. Der Zusatz „nachzusenden“ kann auch von

mehreren hintereinander stehenden Bestimmungenangaben begleitet sein; das Telegramm wird dann nacheinander an jeden der angegebenen Bestimmungsorte, nöthigenfalls bis zum letzten, befördert.

III. Für die Nachsendung eines Telegramms auf telegraphischem Wege von dem ursprünglichen an einen neuen Bestimmungsort wird die volle tarifmäßige Gebühr berechnet und vom Empfänger erhoben (vergl. §. 21 IV. und V.)

#### Verteilsfaltung von Telegrammen.

§. 16. I. Die Telegramme können gerichtet werden an mehrere Empfänger in einem Orte oder an einen und denselben Empfänger nach verschiedenen Wohnungen desselben Orts, mit oder ohne Weiterbeförderung durch die Post bz. durch Eilboten.

II. Soll ein Telegramm von der Ankunftsanstalt behufs Bestellung, wie unter I. angegeben, verteilsfältig werden, so wird dasselbe bei der Taxierung nur als ein einziges Telegramm angesehen, wobei alle Aufschriften in die Wortzahl eingerechnet werden; für die zweite und jede weitere Aufsertigung wird bei Telegrammen bis zu 100 Worten, einschließlich aller Aufschriften, eine Gebühr von je 40 Pfennig und bei längeren Telegrammen für jede Reihe von 100 Worten oder einen Theil derselben mehr eine Gebühr von je 40 Pfennig erhoben.

#### Weiterbeförderung.

§. 17. I. Die Weiterbeförderung von Telegrammen über die Telegraphenlinien hinaus erfolgt nach Wunsch des Abänders entweder durch die Post oder durch Eilboten, oder durch Post und Eilboten, oder durch Stafette.

II. Der Aufgeber hat die Art der von ihm verlangten Weiterbeförderung in einem taxpflichtigen Zusatz vor der Aufschrift anzugeben (vergl. §. 6 VI.).

III. Telegramme, welche mit der Post weiterbefördert, oder postlagernd niedergelegt werden sollen, werden von der Ankunftsanstalt ohne Kosten für den Aufgeber und für den Empfänger zur Post gegeben, und zwar die gegen Empfangsbekundigung zu bestellenden Telegramme als eingeschriebene Briefe, dagegen die übrigen Telegramme als gewöhnliche Briefe (vergl. §. 21). Ausgenommen sind folgende Fälle:

1. für Telegramme, welche von der inländischen Bestimmungsanstalt mit der Post nach außereuropäischen Ländern weiterbefördert werden sollen, hat der Aufgeber die Postgebühr zu entrichten;
2. Telegramme, welche nach der Angabe des Aufgebers, und ohne daß eine Unterbrechung der regelmäßigen telegraphischen Verbindung stattfindet, einer an einer Grenze gelegenen Telegraphenanstalt zur Weiterbeförderung mit der Post nach dem Nachbargebiete oder über dasselbe hinaus nach einem Orte innerhalb Europas übermittelt werden sollen, werden als unfrankirte Briefe behandelt; das Porto fällt dem Empfänger zur Last.

IV. Die Kosten für eine andere Weiterbeförderung als durch die Post, imgleichen die bei der Weiterbeförderung durch die Post entstehenden Kosten für die Eil-

bestellung sowohl im Orte, als nach dem Landbestellbezirk der Postanstalten werden in der Regel vom Empfänger erhoben. Es kann jedoch auch der Aufgeber die Kosten für die Zustellung von Telegrammen an Empfänger außerhalb des Ortsbestellbezirks der Bestimmungs-Telegraphenanstalt mittels besonderer Voten durch Entrichtung einer festen Gebühr von 80 Pfennig für jedes Telegramm vorausbezahlen. Die Kosten für Weiterbeförderung durch Ciasette sind stets vom Aufgeber zu entrichten.

V. Für die Weiterbeförderung eines Telegramms über den Ortsbestellbezirk einer Telegraphenanstalt hinaus sind bei Benutzung von Eilboten, wenn die Bezahlung seitens des Empfängers erfolgt, sowie bei der Weiterbeförderung durch Ciasette die wirklich erwachsenden Auslagen vom Empfänger bz. Aufgeber einzuziehen.

Entrichtung der Gebühren.

§. 18. I. Sämmtliche bekannte Gebühren sind bei Aufgabe des Telegramms im Voraus zu entrichten.

II. Es werden jedoch vom Empfänger am Bestimmungsorte erhoben:

- a) die Ergänzungsgebühr für nachzusendende Telegramme (vergl. §. 15);
- b) eintretenden Falls die Weiterbeförderungsgebühren (vergl. §. 17);
- c) die Gebühren für die durch die See-Telegraphenanstalten vom Meere her beförderten Telegramme (vergl. §. 19).

In allen Fällen, wo eine Gebührenerhebung bei der Bestellung stattzufinden hat, wird das Telegramm dem Empfänger nur gegen Erstattung des schuldigen Betrages ausgehändigt.

III. Die Entrichtung der Gebühren kann bei den Telegraphenanstalten mittels Freimarken oder baar — bei den Eisenbahn-Telegraphenstationen nur baar — erfolgen. Eine Bescheinigung über die erhobenen Gebühren wird nur auf Verlangen und gegen Entrichtung eines Zuschlags von 20 Pfennig erteilt. Bei gebührenfreien Staatstelegrammen ist auf Verlangen eine Bescheinigung über die Auslieferung unentgeltlich zu erteilen.

IV. Personen, welche sich bei Telegraphen häufiger bedienen, kann auf ihren Antrag gestatt werden, die Gebühren für die von ihnen bei Telegraphenanstalten aufgegebenen Telegramme monatlich zu entrichten. Sie haben abdem an die betreffende Verkehrsanstalt, bei welcher sie ihre Telegramme aufgeben wollen, einen entsprechenden Voranschlag einzuzahlen, und als besondere Vergütung für die durch die Buchung der Gebühren entstehende Mühsal eine Gebühr von 50 Pfennig für den Kalendermonat und außerdem für jedes Telegramm, dessen Gebühren gestundet werden, 2 Pfennig zu entrichten. Auf Eisenbahn-Telegraphenstationen findet diese Bestimmung keine Anwendung.

Seetelegramme.

§. 19. I. Telegramme, welche mit den Schiffen in See mittels der an der Küste gelegenen Seetelegraphen geschickt werden, müssen entweder in deutscher Sprache, oder in Zeichen des allgemeinen Handelscodex abgefaßt sein.

II. Wenn sie für in See befindliche Schiffe bestimmt sind, muß die Aufschrift außer den gewöhnlichen Angaben den Namen, die amtliche Nummer und die Nationalität des Bestimmungsschiffes enthalten.

III. Ist das Schiff, für welches ein Seetelegramm bestimmt ist, innerhalb 28 Tagen nicht angekommen, so giebt die See-Telegraphenanstalt dem Aufgeber hiervon am Morgen des 29. Tages durch eine dienstliche Meldung Kenntniß. Der Aufgeber kann gegen Bezahlung eines Landtelegramms von 10 Worten verlangen, daß die Seetelegraphenanstalt sein Telegramm während eines weiteren Zeitraums von 30 Tagen für die Zustellung bereit halte. Geht ein solches Verlangen nicht ein, so wird das Telegramm von der See-Telegraphenanstalt am 30. Tage als unbestellbar zurückgelegt.

IV. Die Gebühr für Telegramme, welche durch Vermittelung einer See-Telegraphenanstalt mit Schiffen in See ausgewechselt werden, beträgt 5 Pfennig für jedes Wort. Dieselbe wird den nach den sonstigen Bestimmungen zu erhebenden Gebühren hinzugerechnet. Die Gesamtgebühr für die an die Schiffe in See gerichteten Telegramme wird vom Aufgeber und für die von den Schiffen kommenden Telegramme vom Empfänger erhoben.

Zurückziehung und Unterdrückung von Telegrammen.

§. 20. I. Vor begonnener Abtelegraphirung kann jedes Telegramm vom Absender zurückgefordert werden. Die Gebühren werden in solchem Falle nach Abzug von 20 Pfennig erstattet. Hat die Abtelegraphirung bereits begonnen, so verbleiben die Gebühren der Telegraphenverwaltung; vorausbezahlte Beträge für Weiterbeförderung, bezahlte Antwort, Empfangsanzeigen u. werden jedoch dem Aufgeber zurückgezahlt, wenn die vorausbezahlte Leistung nicht ausgeführt worden ist.

II. Das Verlangen, daß ein bereits abgegangenes Telegramm nicht bestellt werde, muß mittels besonderen Telegramms des Aufgebers an die Bestimmungsanstalt gerichtet werden; für dieses Telegramm sind die tarifmäßigen Gebühren zu zahlen. Von dem Erfolge wird dem Aufgeber brieflich Kenntniß gegeben. Verlangt der Aufgeber telegraphische Auskunft, so hat er die Antwortgebühren vorausbezahlen. Die erlegten Gebühren für das Telegramm, dessen Bestellung auf Verlangen unterdrückt wird, werden nicht zurückgezahlt. Bei jedem derartigen Verlangen hat der Antragsteller das Ansuchen schriftlich zu stellen und sich als Absender oder dessen Beauftragter auszuweisen. Behandlung der Telegramme bei der Bestimmungsanstalt.

§. 21. I. Die Telegramme werden bei der Aufnahme bz. gleich nach der Ankunft bei der Bestimmungsanstalt, wenn die offene Bestellung nicht ausdrücklich verlangt ist, verschlossen und erforderlichen Falls mit Empfangscheinen versehen.

II. Empfangscheine werden nur ausgestellt für Staatstelegramme und

Telegramme mit bezahlter Empfangsanzeige.

III. Die ankommenden Telegramme werden, wenn sie nach dem Orte selbst gerichtet sind, so schnell als möglich bestellt; wenn sie nach anderen zu dem Bestell-

bereich der Bestimmungsanstalt gehörigen Orten bestimmt sind, der Post bz. den Eilboten zur Weiterbeförderung mit möglichster Beschleunigung zugeführt.

IV. Jebermann kann, erforderlichen Falls nach gehörigen Ausweis, (auch brieflich) verlangen, daß die bei einer Telegraphenanstalt ankommenden und in deren Bestellbezirk ihm zuzuführenden Telegramme an eine von ihm angegebene Adresse bestellt bz. weiter befördert werden (vergl. §. 15).

V. Wenn der Empfänger seinen Aufenthaltsort verändert hat, so werden demselben die für ihn eingehenden Telegramme an den neuen Aufenthaltsort nachtelegraphirt, auch ohne daß dies ausdrücklich verlangt worden ist, sofern dieser neue Aufenthaltsort des Empfängers unzugeweiht bekannt ist, und sich dasselbe eine Reichs-Telegraphenanstalt befindet (vergl. §. 15).

Bestellung der Telegramme bei der Bestimmungsanstalt.

§. 22. I. Die Bestimmungsanstalt sendet die eingegangenen Telegramme ohne Aufenthalt nach der Wohnung des Empfängers, bz. nach dem in der Aufschrift bezeichneten Ort, oder nach der Post.

II. Staats-, sowie Dienst- und dringende Privattelegramme werden mit Vorrang vor anderen Telegrammen bestellt.

III. Zur Vollziehung des Empfangscheines über ein an eine Behörde oder deren Vorstand gerichtetes Staatstelegramm kann, wenn nicht eine besondere schriftliche Verfügung darüber getroffen ist, nur der Vorstand der betreffenden Behörde, oder, in dessen Abwesenheit, sein Stellvertreter als berechtigt angesehen werden.

IV. Privattelegramme, sowie dienstliche Telegramme, welche nicht an eine Behörde oder deren Vorstand gerichtet sind, können in der Wohnung des Empfängers an diesen selbst, an ein erwachsenes Mitglied seiner Familie, an einen Geschäftsgehilfen, einen Diensthofboten, den Gast- oder Hauswirth oder den Portier des Gasthofes bz. des Hauses abgegeben werden, insofern der Empfänger für derartige Fälle nicht einen besonderen Bevollmächtigten der Anstalt schriftlich namhaft gemacht, oder der Aufgeber die eigenhändige Bestellung in der Aufschrift des Telegramms nicht verlangt hat.

V. Sofern Privatbriefkasten oder Einwürfe sich an der Thür zc. der Wohnung des Empfängers befinden, können die Telegramme, für welche Empfangscheine nicht ausgefüllt sind, in jene Briefkasten zc. gesteckt werden. Telegramme, welche den Vermerk „eigenhändig“ tragen, sind jedoch stets an den Empfänger selbst zu bestellen; Telegramme, welche die Bezeichnung „bahnpostlagernd“ tragen, werden an den Bahnhofsvorsteher oder dessen Stellvertreter abgegeben.

VI. Die an Reisende nach einem Gasthof gerichteten Telegramme werden, wenn der Empfänger noch nicht eingetroffen ist, an den Wirth zc. des Gasthofes mit dem Ersuchen abgegeben, das Telegramm vorläufig in Verwahrung zu nehmen, bz. dasselbe dem Empfänger bei seinem Eintreffen auszuhändigen. An Tage nach der erfolgten Uebergabe eines solchen Telegramms wird dasselbe, wenn die Uebergabe an den Empfänger inzwischen nicht hat bewirkt werden können, durch einen

Boten gegen Hinterlassung eines Benachrichtigungsscheines wieder abgeholt und zur Verkehreanstalt zurückgebracht. Diese erläßt nunmehr die Unbestellbarkeitsmeldung an die Aufgabeanstalt; im Uebrigen wird das Telegramm wie alle übrigen unbestellbaren Telegramme behandelt.

VII. Ist weder der Empfänger noch sonst Jemand aufzufinden, der das Telegramm annimmt, so hat der Bote, wenn es sich um ein Telegramm handelt, für welches ein Empfangschein ausgefertigt ist, oder wenn sich für die Bestellung eines Telegramms ohne Empfangschein ein Privatbriefkasten oder ein anderer Weg der Bestellung nicht darbietet, einen Benachrichtigungszettel in der Wohnung zc. des Empfängers zurückzulassen bz. an die Eingangsthür anzuhängen, das Telegramm selbst aber zur Anstalt zurückzubringen. Mit den Telegrammen, welche mit einem Vermerk wegen der eigenhändigen Bestellung versehen sind, ist in gleicher Weise zu verfahren, wenn der bezeichnete Empfänger selbst nicht angetroffen wird.

VIII. Wenn der Bote bei der Bestellung von Telegrammen mit Empfangscheinen den Empfänger nicht selbst antrifft und das Telegramm einem Anderen aushändigt, hat der Letztere in dem Empfangschein seiner eigenen Unterschrift das Wort „für“ und den Namen des Empfängers beizufügen.

IX. Dem Boten ist die Annahme von Geschenken untersagt.

Unbestellbare Telegramme.

§. 23. I. Von der Unbestellbarkeit eines Telegramms und den Gründen der Unbestellbarkeit wird der Aufgabeanstalt telegraphisch Meldung gemacht. Liegt für die Unbestellbarkeit eines Telegramms ein Grund vor, welcher nicht ohne Weiteres aus dienstlicher Veranlassung beseitigt werden kann und muß, und ist der Absender des unbestellbaren Telegramms aus der Unterschrift oder auf andere Weise mit genügender Sicherheit bekannt: dann wird die Unbestellbarkeitsmeldung diesem gegen Bezahlung einer Gebühr von 30 Pfennig übermittelt. Der Aufgeber kann die Aufschrift des unbestellbar gemeldeten Telegramms nur durch ein bezahltes Telegramm vervollständigen, berichtigen oder bestätigen.

II. Ein Telegramm, welches von dem abtragenden Boten als unbestellbar zur Anstalt zurückgebracht wird, ist bei der letzteren aufzubewahren. Hat sich innerhalb sechs Wochen der Empfänger zur Empfangnahme des Telegramms nicht gemeldet, so wird solches vernichtet. In gleicher Weise wird mit Telegrammen verfahren, welche die Bezeichnung: „amts-“, „post-“ oder „bahnpostlagernd“ tragen.

Gewährleistung.

§. 24. I. Die Telegraphenverwaltung leistet für die richtige Ueberkunft der Telegramme oder deren Ueberkunft und Zustellung innerhalb bestimmter Frist keinerlei Gewähr und hat Nachteile, welche durch Verlust, Verstümmelung oder Verspätung der Telegramme entstehen, nicht zu vertreten.

II. Die entrichtete Gebühr wird jedoch erstattet: a) für ein Telegramm, welches durch Schuld des

Telegraphenbetriebes gar nicht oder mit bedeutender Verzögerung in die Hände des Empfängers gelangt ist;

- b) für ein verglichenes Telegramm, welches in Folge Verstümmelung erweislich seinen Zweck nicht hat erfüllen können.

Die Beschwerden oder Rückforderungen sind bei der Aufgabeanstalt einzureichen. Als Beweisstück ist beizufügen:

eine schriftliche Erklärung der Bestimmungsanstalt oder des Empfängers, wenn das Telegramm nicht angekommen ist, die dem Empfänger zugestellte Ausfertigung, wenn es sich um Verstümmelung oder Verzögerung handelt.

III. Bei Rückforderungen wegen Verstümmelungen muß nachgewiesen werden, daß und durch welche Fehler das Telegramm derart verstümmelt ist, daß es seinen Zweck nicht hat erfüllen können.

IV. Jeder Anspruch auf Erstattung der Gebühr muß bei Verlust des Unrechts innerhalb zweier Monate, vom Tage der Erhebung an gerechnet, anhängig gemacht werden.

V. Die Erstattung bezieht sich lediglich auf die Gebühr einschließlich der Nebengebühren der Telegramme selbst, welche verzögert, verstümmelt, oder nicht angekommen sind, und auf die Gebühren der in §. 25 vorgesehenen Telegramme, nicht aber auf die Gebühren solcher Telegramme, welche etwa durch die Verzögerung, Verstümmelung oder Nichtankunft jener Telegramme veranlaßt oder nutzlos gemacht worden sind.

#### Berichtigungstelegramme.

§. 25. I. Alle Telegramme, welche behufs Berichtigung oder Ergänzung eines beförderten oder in der Beförderung begriffenen Telegramms zwischen dem Aufgeber und dem Empfänger, oder von einem der beiden mit einer Telegraphenanstalt gewechselt werden, sind Privattelegramme, für welche der Aufgeber die dafür entfallenden Gebühren zu entrichten hat. Die Gebühren werden erstattet, wenn die betreffende Mittheilung durch einen der Umstände begründet ist, welche nach den Bestimmungen des §. 24 Anlaß zur Rückzahlung der Gebühr geben. Handelt es sich hierbei um Berichtigung von dienstlichen Versehen in nicht verglichenen Telegrammen, dann werden nur die Gebühren desjenigen Telegramms erstattet, durch welches die Berichtigung des Ursprungstelegramms bewirkt worden war.

II. Die Telegraphenanstalt, welche ein berichtigenes oder ergänzendes Telegramm der unter I. angegebenen Art empfängt, giebt demselben Folge und antwortet, wenn die Antwort bezahlt ist, innerhalb der hierdurch gegebenen Grenze.

III. Die vorstehend behandelten Berichtigungstelegramme dürfen von den Telegraphenanstalten nur

dann angenommen werden, wenn der Aufgeber derselben sich als Aufgeber oder Empfänger des betreffenden Ursprungstelegramms oder als Bevollmächtigter eines derselben ausgewiesen hat.

#### Nachzahlung und Erstattung von Gebühren.

§. 26. I. Gebühren, welche für beförderte Telegramme zu wenig erhoben sind, oder deren Einziehung vom Empfänger nicht erfolgen konnte, — sei es, daß derselbe die Bezahlung verweigert hatte, sei es, daß er nicht aufgefunden worden war, — hat der Absender auf Verlangen nachzuzahlen. Irrthümlich zu viel erhobene Gebühren werden dem Aufgeber zurückgezahlt.

II. Der Betrag der vom Aufgeber zu viel verwendeten Wertheichen wird jedoch nur auf seinen Antrag erstattet.

#### Telegrammabschriften.

§. 27. I. Der Aufgeber und der Empfänger, falls sie sich als solche gehörig ausweisen, sind berechtigt, sich beglaubigte Abschriften der von ihnen aufzugebenen, bz. der an sie gerichteten Telegramme ausfertigen zu lassen, wenn sie Ort und Tag der Aufgabe genau angeben können, und die Urschriften noch vorhanden sind. Diese Urschriften werden in der Regel 6 Monate lang aufbewahrt.

II. Für jede Abschrift eines unter Angabe der Aufgabezeit und des Aufgabortes genau bezeichneten Telegramms sind bei Telegrammen bis zu 100 Worten 40 Pfennig, bei längeren Telegrammen 40 Pfennig mehr für jede Reihe von 100 Worten oder einen Theil derselben zu entrichten. Bei ungenau bezeichneten Telegrammen sind außer der Schreibgebühr die durch die Auffindung des Telegramms entstehenden Kosten zu zahlen.

Telegraphen-Nebenstationen und Nebenanlagen. Fernsprechanlagen.

§. 28. Die Bedingungen für Telegraphen-Nebenstationen und Nebenanlagen, sowie für Fernsprechanlagen in größeren Städten und deren Umgebung werden vom Reichs-Postamt festgesetzt.

#### Geltungsbereich.

§. 29. I. Die vorstehenden Bestimmungen gelten, soweit nicht Abweichungen ausdrücklich vorgeschrieben sind, auch für die Telegramme, welche unter Benützung von Eisenbahntelegraphen befördert werden.

II. In Bezug auf den telegraphischen Verkehr mit dem Auslande kommen die Bestimmungen der bezüglichen Telegraphenverträge zur Anwendung.

#### Zeitpunkt der Einführung.

§. 30. Gegenwärtige Telegraphenordnung tritt am 1. October 1880 in Kraft.

Berlin, den 13. August 1880.

#### Der Reichskanzler.

J. B.: Fürst von Hohenlohe.